



Presseerklärung

Beschluss vom 17.01.2018:

„Die SPD Friedland lehnt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU über die Bildung einer Bundesregierung ab.“

Der erweiterte Vorstand des Ortsvereins Friedland der SPD hat sich am Mittwochabend nach längerer Aussprache über die Sondierungsergebnisse vom 12.01.2018 mit großer Mehrheit (80%) gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene mit der CDU/CSU ausgesprochen.

Maßgeblich Gründe für diese Entscheidung waren zum einen grundsätzliche Bedenken gegen die Bildung einer Großen Koalition. Zum anderen aber auch eine fehlende sozialdemokratische „Handschrift“ bei den Sondierungsergebnissen.

Die Bundesrepublik Deutschland als repräsentative Demokratie weist den politischen Parteien eine besondere Stellung im Staatsgefüge zu. Unsere Demokratie ist seit vielen Jahrzehnten geprägt vom antagonistischen Miteinander eines liberal-konservativen (CDU/CSU u. FDP) und eines fortschrittlichen (SPD u. DIE GRÜNEN) Blocks, die im Wettstreit der Ideen die Regierungen stellten. Vom Ringen und der Auseinandersetzung um den „richtigen“ Gesellschaftsentwurf lebt unsere Demokratie. Insoweit wurden den Wählerinnen und Wählern alle vier Jahre Alternativen angeboten. Es gab dadurch Bewegung in der Gesellschaft, die allen oder zumindest einer großen Mehrheit der Bevölkerung, aber auch unserer Wirtschaft nutzte. Diese politische Bewegung wurde durch die Bildung der Großen Koalitionen in der jüngeren Vergangenheit zum Stillstand gebracht. Statt Neuerungen und Utopien zu erfinden, kehrten Mittelmaß und Stillstand im politischen Denken ein. Die Grenzen zwischen den politischen Blöcken verwischten zusehends, Unterschiede zwischen den Parteien konnten Jahr um Jahr weniger deutlich wahrgenommen werden. Für die Wählerinnen und Wähler wurde es einerlei, ob sie (verkürzt) CDU oder SPD wählten, beide Parteien standen für das Gleiche und machten auch mehr oder minder gleiche Politik. Dies begünstigte die Entstehung und den Aufschwung von Parteien am rechten und linken Rand des Spektrums, die sich als „Protestparteien“ wohltuend von der „Masse der Mitte“ unterschieden und zur Einebnung der früheren Wahlerfolge der großen Volksparteien führten.

Genau hier setzt unsere Kritik an der GroKo und den Ergebnissen der Sondierungsgespräche an: Wir sind als Teil einer GroKo am 24.09.2017 abgewählt worden! Die Wählerinnen und Wähler haben klipp und klar gesagt, dass es so nicht weitergehen soll. Das hat auch unser Parteivorsitzender erkannt und sogleich (völlig richtig) angekündigt, dass die SPD den Gang in eine starke Opposition antreten wird. Dies umzusetzen bedeutet staatspolitische Verantwortung zu übernehmen. Nicht dagegen, sich von

der (noch) amtierenden Bundeskanzlerin für weitere 4 Jahre von ihren Karren des Stillstands spannen zu lassen! Die CDU/CSU ist trotz Verlusten als stärkste Kraft aus der letzten Wahl hervorgegangen. Das führt dazu, dass sie den Auftrag zur Regierungsbildung hat. Und wenn sie unter den demokratischen Parteien keine finden kann, die eine Mehrheitsregierung mit ihr bildet, dann sieht unsere Verfassung nicht in erster Linie Neuwahlen vor, sondern das demokratische Konstrukt einer Minderheitsregierung.

Wir als Friedländer SPD wollen nicht so weitermachen wie bisher. Aber „wie bisher“ ist das Ergebnis der Sondierung. Es fehlt den Sondierungsergebnissen vom 12.01.2018 an Visionen, insbesondere auf den Gebieten „Arbeit und Soziales“, „Wirtschaft und Digitalisierung“ und dem Umgang mit schutzsuchenden Menschen aus dem Ausland. Hierzu ist von vielen Seiten in den letzten Tagen schon viel geschrieben worden. Das muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Nur so viel: Visionen sind eine für alle Betroffenen gerechte Krankenversicherung, die den gleichen guten und schnellen Zugang zur erforderlichen medizinischen Behandlung gewährleistet. Und eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem stabilen Rentenniveau über 50%. Vision ist eine Arbeitswelt, die weitgehend ohne Leiharbeit und ohne prekäre befristete Arbeitsverhältnisse auskommt. Und ein humaner Umgang mit schutzsuchenden Flüchtlingen, nicht das Einsperren in Aufnahme- und Abschiebungslager.

Für diese Visionen stehen wir, sie wollen wir leben und den Wählerinnen und Wählern als die richtige Alternative für Deutschland präsentieren.

gez. Anni Dembke (1. Vorsitzende)